

Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Bebauungsplan Haupt- Emilianstraße

Vaihingen noch schöner ?

Mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Haupt-, Robert-Koch-, Emilian- und Herrenberger Straße will die Stadt nach eigenem Bekunden verhindern, dass Bauprojekte privater Investoren, wie etwa das abgelehnte Corner-Haus R. Häusslers, auch in diesem Bereich das künftige Stadtbild Vaihingens prägen. Vielmehr solle durch den Bebauungsplan die Entwicklung „entsprechend den heutigen städtebaulichen Zielen gesteuert werden“.

Und die sehen nach den für den Aufstellungsbeschluss formulierten groben Zielen der Planung folgendermaßen aus: Bei künftiger Neubebauung sollen die Baukörper entlang der Haupt- und Robert-Kochstraße um 6 Meter nach hinten treten. Damit soll Platz für zur stark befahrenen Straße hin abgeschirmte öffentliche Räume geschaffen werden. Damit greift die Stadtverwaltung auch Anregungen auf, die bereits vor zwei Jahren in mehreren vom Initiativkreis Schwabenbräuareal (ISA) durchgeführten Veranstaltungen von Vaihinger Bürgern entwickelt worden waren. Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Vaihinger will die Verwaltung dafür aber Gebäude mit 4 Vollgeschossen und eine dichtere, ge-

schlossene Bebauung zulassen. Die Gebäudehöhen und -massen würden sich danach eher an der Schwaben-Galerie als an der bestehenden Bebauung auf der gegenüberliegenden Seite der Hauptstraße orientieren. Auch bei der Wohnbebauung entlang der Emilianstraße schlagen die Stadtplaner, wenn auch geringere Verdichtungen auf Kosten der Grünbereiche vor. Diese Planziele stießen denn auch im Zuge der im Juli durchgeführten frühzeitigen Bürgerbeteiligung bei vielen Vaihingern, die Bedenken und Anregungen vorbrachten, auf Ablehnung, wogegen die Schaffung öffentlicher Räume mehrheitlich begrüßt und mit konkreten Gestaltungsvorschlägen gefüllt wurde. In einer vom „ISA e.V.-Bürger



für ein lebenswertes Vaihingen“ vorgeschlagenen und vom Vaihinger Bezirksbeirat einmütig unterstützten Planungswerkstatt sollen nun gegen Ende des Jahres die Planungen mit möglichst breiter öffentlicher Beteiligung weiter entwickelt und konkretisiert werden, bevor der Bebauungsplanentwurf dann zur Auslegung kommt. Dass sich ausgerechnet die Vaihinger Stadträtin Ursula Marx von den Grünen gegen eine erweiterte Bürgerbeteiligung aussprach, konnte zwar die Planungswerkstatt nicht verhindern. Das Planungsamt hat aber inzwischen signalisiert, dass es aus Zeitgründen eine solche nicht selbst organisieren könne. Falls dies aber durch den ISA oder andere geschehe, werde man daran teilnehmen.

Wir sind wieder wer

von Gerhard Wick

Endlich ist der schon vom vorletzten Bundespräsidenten verlangte Ruck durch das Land gegangen. Seit die medial veröffentlichte Meinung bei der Fußball-WM den dritten zum ersten erklärt hat, sind die Deutschen von rechts bis links vor allem wieder eines: deutsch. Und darauf auch noch stolz. Es dürfen wieder guten Gewissens Fahnen geschwenkt und Hymnen gebrüllt werden. Und zwar weltweit.



Deutsche Truppen sichern wieder in aller Welt mit aller Gewalt Frieden und der deutschen Wirtschaft die benötigten Rohstoffe.

Staatsminister propagieren unumwunden das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als Vorbild für die EU und finden im Papst (auch deutsch) ihren Mitstreiter.

Der Anspruch, bei der Neuauftteilung der Welt zur Reichtumssicherung im eigenen Land wieder kräftig auch militärisch mitzumischen, schallt unter dem Beifall grüner Altpazifisten aus allen Ministerien und Beraterkreisen. Und kein Mensch stört sich daran.

Fast täglich erhärtet sich der Verdacht:
Wir sind wieder wer.
Und wer sind wir ?
Wieder die alten.

Der ISA e.V. präsentiert: 12 Spaziergänge und Wanderungen in und um Vaihingen

Vaihingen zu Fuß erlebt

Bis zu 18 Prozent Zuzüge im Verhältnis zur ansässigen Bevölkerung verzeichnet das Statistische Amt für Vaihingen. Vor allem dieser großen Zahl von Neubürgern, aber auch seit längerem Ortsansässigen will die Vaihinger Bürgerinitiative „ISA-Bürger für ein lebenswertes Vaihingen“ mit einer 60 Seiten umfassenden Broschüre den Stadtbezirk, seine Geschichte und die noch verbliebenen Naherholungsmöglichkeiten nahe bringen. Bei der Vorstellung der ersten Vaihinger Wanderbroschüre

am Dienstag, den 26. 9. um 17:00 in der Alten Kelter steht auch ein Dia-Vortrag der Vaihinger Lokalhistoriker Erwin Grieb und Walter Bartelmess, sowie ein Vortrag „Vaihingens Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert“ von Prof. U. Fellmeth auf dem Programm. Ab dem 27.9. ist die reich bebilderte Broschüre in allen Vaihinger Buchläden für 2 Euro erhältlich. Am Samstag, den 30.9. findet ein geführter Spaziergang durch den Ortskern statt. (Treff: 14 Uhr, Rathaus)



Bayer-Konzern: Profite um jeden Preis

Über Leichen

„Der deutsche Bayer-Konzern treibt seine Asien-Expansion mit dem Verkauf hochgefährlicher Pestizide voran und nimmt dabei schwere Vergiftungen der regionalen Landbevölkerung in Kauf.“ Zu diesem Ergebnis kommt eine Recherche der „German-Foreign-Policy.com“ vom August diesen Jahres.

Danach setzt Bayer trotz jahrelanger Proteste die Vermarktung äußerst giftiger Pestizide in Asien fort. Die in Europa und den USA längst aus dem Verkehr gezogenen Agrogifte sind von der WHO als „extrem“ oder „hoch gefährlich“ eingestuft (Gefahrenklasse I) Das indische „Centre for Sustainable Agriculture (CSA) dokumentiert seit geraumer Zeit Pestizidvergiftungen unter der indischen Landbevölkerung, die nicht selten tödlich enden. „Das von Bayer produzierte Agrogift Hinosan mit dem Wirkstoff Edinfos beispielsweise ist für viele der von uns dokumentierten Vergiftungen verantwortlich“ berichtet das CSA.

Bayer ist in Indien Marktführer bei Agrochemikalien und hält in der dortigen Pestizidsparte einen Marktanteil von 23 Prozent. Im asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum belief sich

der Bayer Jahresumsatz 2005 auf 4,6 Mrd. Euro. Und dieser soll, so die Leverkusener Zentrale „mittelfristig deutlich gesteigert“ werden.

Für diese Ziele ist man offenbar auch bereit, wissentlich gegen die Normen der Vereinten Nationen (FAO-Kodex) zu verstoßen, nach denen Wirkstoffe der Gefahrenklasse I und II nicht in tropische Länder verkauft werden dürfen, da die klimatischen Bedingungen bei der Verarbeitung der Pestizide nur unzulängliche Schutzmaßnahmen erlauben.

Weitere Informationen und eine Online-Unterschriftenaktion finden sich unter www.Cbgnetwork.org/1600.html in einer gemeinsamen Presseerklärung mit der „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ und der malaysischen Organisation „Pesticide Action Network Asia and the Pacific“.

ÜBER ALL DRINKS & SNACKS
2 KICKERTISCHE
BIERGARTEN
SOUND

**ÜBER ALL ist besser als IRGENDWO
DIE NEUE KNEIPE IN VAIHINGEN**

Di - Do 18:00 - 01:00h
Pfaffenwaldring 45 Stgt-Vaihingen Unigelände

Bevor Ihnen die Wohnung gekündigt wird, sollten Sie mal bei uns anrufen.

**Lernen Sie den Mieterverein kennen!
0711-210160**
Mieterverein Stuttgart und Umgebung e. V.
Moserstraße 5
70182 Stuttgart

Wir sind für den Mieter da.
Der Mieterverein ganz in Ihrer Nähe:
Immer dienstags 9 - 12 Uhr
Beratung in der alten Rohrer Schule,
Egelhaafstr. 1, Raum 1
Um Voranmeldung wird gebeten.

Ki und Aikido
Dojo Stuttgart
Unterricht für Kinder und Erwachsene

Info: 678 78 25
www.ki-aikido-stuttgart.de

Krautwoche
16.-21. Okt
mit leckeren Rezepten,
feinen Kostproben & Aktionen

Sigmundstr 1
70563 Stuttgart-Vaihingen
Telefon 0711-735 25 02

Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren

Biologische Bautechnik
Wärmedämmtechnik

ORSO
www.orso-gmbh.de

Montage und Verkauf: Ökologische Bau- und Dämmstoffe
Naturfarben - Dachfenster - Dach- und Innenausbau
Holzböden - Solaranlagen
Jetzt: Dieselstr. 26, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon 0711/6572598

LEBEN OHNE RAUFASER

lutz weidner
malereibetrieb

Verkauf von Naturfarben

Fon. 0711 . 84 955 - 90
fax. 0711 . 84 955 - 91
kirchstraße 47
d - 70771 leinfelden-e.

Selbstbauerhilfe

Neue Sparpläne der Regierungskoalition

Bio-Kunden sollen höhere Rentenbeiträge bezahlen

Nachdem Anfang des Jahres eine vom Bundesministerium für Ernährung in Auftrag gegebene Studie ergeben hatte, dass Verbraucher, die sich biologisch ernähren, im Durchschnitt eine um zwei bis drei Jahre längere Lebenserwartung haben, hat nun das Sozialministerium daraus Konsequenzen für die Lösung des andauernden Rentenproblems und die Herstellung höherer Rentengerechtigkeit gezogen. Das Kabinett befasst sich derzeit mit einer Gesetzesvorlage, nach der die Rentenbeiträge nach der voraussichtlichen Lebenserwartung des Versicherten gestaffelt werden sollen.

Bei einer Erhöhung des Beitrags der länger Lebenden und damit länger Rente Beziehenden um nur ein halbes Prozent, so errechneten Berliner Experten, könnten die Rentenkassen jährlich um einen dreistelligen Millionenbetrag entlastet werden. Die Frage, wie die gesund lebenden Beitragszahler erfasst werden

sollen, ist laut Innenministerium spätestens nach der flächendeckenden Einführung des elektronischen Personalausweises kein Problem.

Aber auch heute schon könne z.B. das Einkaufsverhalten ohne größeren Aufwand personenbezogen erfasst werden.

Während die Linkspartei das

Milliarden für die Bundeswehr

Warum wir sparen müssen

Während wegen knapper Staatsfinanzen weitere Kürzungen im Bereich des Arbeitslosengeldes II (345 €/Monat) angeblich unabwendbar sind, will die Bundesregierung noch in diesem Jahr neue Rüstungs-Projekte in einem Umfang von fast 6 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Anlässlich der Generaldebatte zum Etat des Bundestages sprach sich Bundeskanzlerin Merkel dafür aus, den derzeitigen Verteidigungsetat in Höhe von 28,4 Mrd. € langfristig weiter zu erhöhen.

Für die bereits stattfindenden und kommenden Auslandseinsätze der immer noch offiziell als Verteidigungsarmee betitelten Bundeswehr sollen dem Heer 272 gepanzerte und mit Maschinengewehr ausgestattete Fahrzeuge vom Typ Boxer für 891 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Weitere Rüstungsvorhaben sind vier Fregatten vom Typ 125 für 2,2 Mrd. Euro,

nahmen vor allem für die Stärkung der „außenpolitischen Handlungsfähigkeit“ verwendet sehen und erklärt auch gleich, was darunter inzwischen wieder zu verstehen ist: eine „schnellere Aufstockung der Militärausgaben“. Der von den Militärs eingereichte Forderungskatalog enthält in der Tat weitere dringende Wünsche für den Einsatz im Ausland: Die Marine will einen zusätzlichen Einsatzgruppenversorger für 200 Mio. Euro. Für den Einsatz in Afghanistan warten die Soldaten auf 3500 gepanzerte Fahrzeuge im Wert von 2 Mrd. Euro.

Vor den Haushaltsberatungen machte Kriegsminister Jung (CDU) auch gleich deutlich, dass die laufenden Kosten für Auslandseinsätze, die für den jüngsten im Libanon auf ca. 200 Mio. Euro geschätzt werden, künftig nicht aus dem Verteidigungsetat bezahlt werden können, sondern aus dem Gesamthaushalt zu finanzieren seien.



sowie zwei U-Boote vom Typ 212 für 864 Mio Euro.

Der für Außenpolitik zuständige Vizefraktionschef der CDU und Russland-Beauftragte der Union, Schockenhöff will mögliche neue Spielräume durch Steuermehrein-

Vorhaben kategorisch ablehnt, haben Grüne und FDP grundsätzliche Zustimmung signalisiert. Sie wollen jedoch noch Änderungen am Entwurf einbringen. Die Rentenexpertin der ehemaligen Ökopartei, Anja Hajduk, sagte, wenn es nicht nur um Sanierung der Rentenkassen, sondern um mehr Gerechtigkeit gehen solle, müssten parallel andere Gruppen mit geringerer Lebenserwartung wie Raucher und Autofahrer entsprechend entlastet werden.

Die FDP hat vor allem datenschutzrechtliche Bedenken hinsichtlich der Erfassung der Bio-Konsumenten und plädiert für eine Einstufung auf freiwilliger Basis. Außerdem dürfe eine Erhöhung des Beitrags wegen negativer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht auch den Arbeitgeberanteil betreffen. Zugegeben, diese Meldung ist frei erfunden. Aber, Hand auf's Herz: Zugetraut hätten Sie das dieser Regierung schon auch.

Ministerin Schavan beim Kongress Future Security

Forschung statt Bildung

Für einen „erweiterten Sicherheitsbegriff“, der zwischen Bedrohungen im In- und Ausland nicht mehr differenziert, sprach sich Bildungsministerin Schavan auf einer von der Fraunhofer-Gesellschaft durchgeführten, hochrangig besetzten Konferenz aus. Den nationalen Rüstungskonzernen wurden von der Regierung dabei Forschungsmittel in dreistelliger Millionenhöhe zugesagt.

Wie Schavan in ihrer Eröffnungsrede erklärte, entwickelt ihr Ministerium zur Zeit eine „nationale Sicherheitsstrategie“, die der Sicherung des westlichen „Lebensstils“ dient. Ein solcher erweiterter Sicherheitsbegriff wird auch von der staatlichen Fraunhofer-Gesellschaft geteilt: Die aktuelle Konferenz ihres Verbundes „Verteidigungs- und Sicherheitsforschung“ befasste sich mit der Abwehr von Flüchtlingen, der Überwachung der eigenen Bevölkerung und der Abwehr von Angriffen gegen kritische Infrastruktur oder den Warenverkehr. Ähnliche Strategien werden derzeit auch von der Bertelsmann-Stiftung vorgeschlagen, die das baldige Ende der US-Dominanz voraussagt und eine dramatische Aufrüstung der EU verlangt. Wenn der Kontinent den „European Way of Live“ beibehalten wolle, müsse sich Europa auf dem gesamten Planeten militärisch behaupten. Für Krisengebiete weltweit habe eine viel größere Zahl von einsatzfähigen Kräften bereit zu stehen.

Auch der Entwurf des aktuellen Bundeswehr-Weißbuchs nennt inzwischen als möglichen Auslöser internationaler Militäroperationen die Gefährdung des deutschen „Wohlstands“.

Der Verteidigungsfall wäre somit bereits gegeben, wenn

ein Rohstoffland von den Industriestaaten angemessene Preise verlangt.

Wie die Ministerin auf dem Kongress in Karlsruhe ausführte sollen nicht nur die mit Sicherheitstechnik befassten zivilen und militärischen Forschungseinrichtungen besser miteinander verzahnt werden, sondern auch die Nutzer der entwickelten Anwendungen wie Polizei, THW, Energie- und Kommunikationsunternehmen bis hin zu den deutschen Geheimdiensten. Damit beteiligt sich die Ministerin an aktuellen Regierungsvorhaben die bisher bestehenden und noch von den Alliierten herrührenden Beschränkungen der Zusammenarbeit zwischen deutschen In- und Auslandsgeheimdiensten aufzuheben und ihnen weitgehende Überwachungs- und Kontrollbefugnisse zukommen zu lassen.

Profitieren von dieser Entwicklung sollen vor allem deutsche Rüstungskonzerne, die das „Geschäft mit der Sicherheit“ als einen Wachstumsmarkt mit einem jährlichen Volumen von 35 Mrd. Euro identifiziert haben, sich aber bisher gegenüber der US-Konkurrenz im Nachteil sehen. Ihnen versprach die Ministerin „optimale Unterstützung“ bei der Besorgung von EU-Forschungsgeldern.

Quelle: www.german-foreign-policy.com

Hinter den Auslandseinsätzen stehen die Konzerne

Was sollen deutsche Spezialeinheiten im Kongo ?

Weit über 2 Millionen Menschen sind dem Krieg im Kongo seit 1997 zum Opfer gefallen. Ein UNO-Bericht stellte bereits 2001 fest, dass die Kämpfe hauptsächlich wegen des Zugangs zu Rohstoffquellen geführt wurden. Neben Gold, Diamanten und Kupfer steht dabei Tantalit im Zentrum des Interesses. Das Mineral enthält Tantal, welches besonders in Handys und elektronischen Schaltkreisen verwendet wird.

Als einen der wichtigsten Abnehmer von Tantalit nannte die UNO die Goslarer Firma HC Starck, 100 prozentige Tochter von Bayer und Weltmarktführer für Tantal. Da die Exporterlöse direkt der Rekrutierung von Kämpfern und dem Kauf von Waffen dienten, forderte die UNO damals einen Importstopp für Tantalit aus dem Ost-Kongo. Der mehrheitlich ebenfalls in deutscher Hand befindlichen Minengesellschaft Somikuvu warf der UN-Sicherheitsrat vor, den Krieg im Kongo zu finanzieren und forderte Sanktionen gegen die Mine und ihren Geschäftsführer, an dessen einträglichen Aktivitäten auch eine ehemalige deutsche Botschafterin mit Wissen des auswärtigen Amtes beteiligt war.

Wie die mannigfache Beteiligung deutscher Unternehmen und des deutschen Geheimdienstes an den Schlächtereien im Kongo allein durch wirtschaftliche Gewinnaussichten begründet war, so geht es jetzt bei der führenden militärischen Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Mission zur angeblichen Absicherung demokratischer Wahlen vor allem darum, deutschen Konzernen wie Bayer und Siemens einen möglichst großen Anteil an der weiteren Ausplünderung des Landes zu sichern. Den wahren Auftrag dieser weiteren militärischen „Friedensmission“ benannte Verteidigungsminister Jung bereits Mitte März: „Es geht um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes. Stabilität in einer rohstoffreichen Region nutzt auch der deutschen Wirtschaft.“ Dass dies ihr Auftrag ist, wissen auch die Militärs. Kürzlich hatte der amtierende Präsident Kabila, dessen Wahlsieg die EU-Truppen absichern sollen, die Konzession für den Abbau der größ-

ten bislang unberührten Kupferreserven der Welt an den US-Konzern Phelps Dodge für gerade einmal 15 Millionen Dollar vergeben. Allein die dort nachgewiesenen Rohstoffe erbringen nach heutigen Weltmarktpreisen rund 90 Mrd. US-Dollar. „Diese Konzession“, so ein Bundeswehrgeneral a.D. und ehemaliger Beigeordneter des UN-Generalsekretärs „wird nach den Wahlen vor internationalen Gerichten neu zu verhandeln sein.“ „Ich kann mir nicht vorstellen, dass derartige Ausbeuterverträge vor einem internationalen Gericht Bestand haben werden“ urteilt General Manfred Eisele, weiter. Die Intervention der EU-Truppen stellt den Versuch dar, die politischen Voraussetzungen für eine langfristige Ausbeutung der kongolesischen Reichtümer militärisch abzusichern und zu einer möglichst einvernehmlichen Aufteilung der jeweiligen Einflussgebiete zwischen den westlichen Industriestaaten zu kommen. Damit wird das staatliche Schicksal des Kongo, dessen Zerrüttung mit der europäischen Kolonisierung begann, auf höherer Stufe fortgeschrieben. Diese Prozesse gewaltsamer Wirtschaftskontrolle finden nach wie vor auch die Unterstützung der Partei Bündnis90/Die Grünen, die sie zu Hilfs- und Menschenrechtsmaßnahmen umdeklariert und ihrer Anhängerschaft als Solidaritätsleistungen und Demokratieexport zu verkaufen sucht.

Anzeige

Suchen Holz zur Abholung

0172 77 96 600

Von untauglichen Ideen rechtzeitig Abschied nehmen

Pavillon am Vaihinger Markt

Dass mit der Eröffnung der Schwaben-Galerie die Zahl der Besucher des Vaihinger Marktes weiter abnehmen würde, war zu erwarten und ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehen können viele Vaihinger, warum eine Versetzung des Pavillons auf die Einfahrt der Tiefgarage eine Attraktivitätssteigerung und Belebung des Marktes bewirken soll.

Und so konnte die wohl eher aus dem Gefühl, etwas tun zu müssen, ohne recht zu wissen was, geborene Initiative des VVF auch bis heute nicht verwirklicht werden. Dass die Sammlung der nötigen Geldmittel unter den Vaihinger Geschäftsleuten nur schleppend vorankommt, liegt wohl auch daran, dass kaum einzusehen ist, warum für den neuen Standort des Pavillons beträchtliche Teile der letzten den Vaihinger Markt vom kah-

len Schwabenplatz positiv abhebenden Grünbereiche geopfert werden sollen. Der VVF täte nun wohl gut daran, von der unsinnigen Idee Abschied zu nehmen und das vorhandene Geld lieber dafür zu verwenden, z.B. regelmässige Musik, Kultur- und Kleinkunstangebote auf dem Platz zu organisieren, was sicherlich eher eine Belebung und auch höhere Gästezahlen bei den Gastronomiebetrieben mit sich brächte.

Wenn die Dinge ihren Lauf nehmen

Bebauung der Honigwiesen

Vor 2 Jahren berichtete VorOrt über die treibende Rolle der Grünen bei der Zerstörung der letzten Vaihinger Freiflächen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Honigwiesenstraße. Während damals selbst die CDU Bedenken gegen die Überbauung einer der letzten Grünbereiche und Frischluftgebiete äußerte, verlangte die ehemalige Ökopartei gleich der Variante mit dem doppelten Bauvolumen zuzustimmen.

Der Gemeinderat ist dieser Forderung der Vaihinger Grünen damals nicht gefolgt und hat die „kleinere Lösung“ als Grundlage für den Bebauungsplan beschlossen. Jetzt haben sich offensichtlich interessierte Kreise an die abgelehnte Variante erinnert. Die Bietigheimer Wohnbau GmbH lud die Grundstückseigentümer der Honigwiesen zu einem Informationsabend über „die Entwicklung des Gebietes Honigwiesen“ und stellte dabei Pläne vor, wie sie das Gebiet gerne bebauen würde. Und zwar in einem Ausmaß, das noch über die vor 2 Jahren abgelehnte Alternative hinausgeht. Dass dies durchzusetzen sei, ist sich die Firma sicher, die Eigentümer müssten bei der Stadt nur genügend Druck machen. „Sie als Eigentümer haben es in der Hand, ob ihr Grundstück zu Bauland wird“, heißt es in der Einladung der Gesellschaft. Dass dort auch noch zu lesen war, „die Stadt Stuttgart, Herr Erster Bürgermeister Föll ist informiert, hat nun die SPD empört. In einer Anfrage an OB Schuster will

sie wissen, ob sich Herr Föll jetzt „als Türöffner für Wohnbaufirmen“ betätigt. Und in diesem Zusammenhang ist ihr auch wieder eingefallen: „Die Grünschneise Honigwiesen sichert die dringend notwendige Frischluftzufuhr für das dicht bebaute Vaihinger Zentrum.“ Wäre es da nicht sinnvoll, das Bebauungsplanverfahren lieber so weiter zu führen, dass man es einstellt und den Grünbereich als Ganzes erhält ?

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:
Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag,
Postfach 800980
70509 Stuttgart
Tel: 0711 / 745 05 23
Fax: 0711 / 745 05 24
vorort-vaihingen@arcor.de
www.vorort-vaihingen.de

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH
Auflage: 13 500

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart
Kontonummer: 1000 150 00
BLZ: 600 608 93